

das der Angeklagte einen Einspruch zu machen. Nicht nur mit der Verurteilung des Reichsfinanzministers hat er sich in den letzten Tagen beschäftigt, nicht nur, was auch schon den Wahnern des Prozesses überhört, mit dessen Politik, sondern auch mehr denn einmal hat er versucht, das ganze heutige System vor Gericht zu stellen und zu diskutieren. Er hat sich selbst in der Pose des Retters der deutschen Moral hingestellt. Mit Recht sagt darüber Theodor Wolff im letzten Monatsheft des „Berliner Tageblatts“: Wer in der Rolle des Tugendretters, während auch den Dämonen der Welt die Augen zu öffnen, hat eine seltsame Methode, seinem Lande zu nützen. Auch in den uns wohlgekauften neutralen Ländern macht diese Standpunkt nicht gerade den günstigsten Eindruck.

Am dem heutigen Tage schloß nun endlich der erste Teil der Heilighofen Beweisaufnahme in der er dem Nachweis für seine Behauptung bringen wollte, daß Erzberger keine politische Stellung in unabhingiger Weise zu präjudizieren verstanden habe. Damit waren wir ein gut Teil dem Ende zu. Falls die Hoffnung des Vorliegenden sich erfüllen sollte, würden am Montag die Plaidoyers beginnen. Bis dahin hat die Beschuldigung der Unwahrscheinlichkeit, die Heilighofen ebenfalls gegen Erzberger erhoben, zur Verhandlung. Der erste Fall, in welchem Erzberger bewiesen Unschuld nachzuweisen werden sollte, ist die Verurteilung der Fall Pöplau. Gewiß nicht zum ersten Mal ist Minister, dem selbst Staatsminister von Löbel belandete als Reue, daß er nicht glaube, Erzberger habe in diesem Falle eine bewußte positive Unwahrscheinlichkeit gesagt. Sollten die übrigen Fälle an den beiden noch in dieser Woche vorzuführen Verhandlungsterminen sich ebenso schnell erledigen, dann könnten endlich mit Beginn nächster Woche die Plaidoyers beginnen, und wir wären wirklich um ein gut Stück dem von allen Seiten erwarteten Ende näher.

Wine

Den Jahrestraum zieht ein Haufe deutsch-nationaler Damen. Wenn in den Auslagen Erzberger etwas über ihren Horizont geht, plegen sie zu lachen. Wahrscheinlich, um sich dankbar zu bezeugen für die Eintrittskarten, die man ihnen verkauft. Schon mehr denn einmal hat der Vorredner bei solchen Kundgebungen darauf hingewiesen, daß das Publikum das überflüssigste Element der Verhandlung sei, und daß er bei Wiederholungen von seinem Hausrecht Gebrauch machen werde. Erzberger selbst hätte bis heute dem oft höchsten Schlichter der ihm so über gelungenen Damenwelt keine Beachtung geschenkt. Als aber heute bei einer seiner Antworten wiederum im Zuschauerraum gelacht wurde, sprach er davon, daß es außerdem noch immer Wine gäbe, die durch ihr Geschwätz das Kapitol zu retten glaubten. Nach dieser Bemerkung hatte allerdings der Reichsfinanzminister auf seiner Stelle.

Verhandlungsbücherei

Berlin, 24. Februar.

Zu der vor einigen Tagen verhandelten Forderungsbücherei verließ Dr. Schönerling einen Brief, der ihm zugegangen ist. Das Schreiben betraf, ebenfalls in der Hand des schwedischen Geschäftsmannes einen Ausweis der Forderungsbücherei, welchen zu haben in Erzbergers Unterschrift. Von der Erzbergerseite wird nochmals darauf hingewiesen, daß es sich dann um ein Mißverständnis handeln müsse, da Erzberger selbst nie eine Unterschrift gegeben habe.

Zur Frage der Ein- und Ausfuhrerleichterungen, die bereits gestern in gleicher Sitzung zum Teil behandelt wurde, erklärt Obrist Fischer von der Ausschussleitung des Reichsministeriums, daß Erzberger bei ihm in vier bis fünf Fällen interveniert habe, zweimal persönlich, daß jedoch das Kriegsministerium nicht auf diese Interventionen hin entschieden habe, sondern gemäß seiner Einsicht. Am 17. Februar fand er jedes Eingreifen eines Abgeordneten in den Plenarsaal für sehr. Durch Frauen stellt sich heraus, daß Erzberger auch für die Bekämpfung von Kriegszuschauern sich bemüht habe. Erzberger gibt als Grund hierfür an, daß es von größter Wichtigkeit für das Zusammenhalten der Nation sei, daß eine einseitige geistige Leiter ihm während des Krieges erhalten bliebe.

Wesentlich der Verwendung Erzbergers für seine Freunde werden mehrere Neuen vernommen. Kommerzienrat Herz, Geschäftsführer der Firma Herz, erinnert sich, daß Erzberger für die Wiederbelebung der württembergischen Firma Dent durch die Kriegsverteilungsstelle sich eingesetzt habe. Die Firma war wegen Vertragsverletzung von weiteren Belieferungen ausgeschlossen. Das Eintreten Erzbergers für die Firma war in diesem Falle jedoch negativ. Nach einem zweiten ähnlichen Falle erinnert sich der Reue, jedoch nur unklar.

Dr. Dent führt über Erzbergers Eintreten für sein Geschäft aus: Erzberger und ich sind alte Freunde. Erzberger ist stets hilfsbereit für mich und mein Geschäft eingetreten, ohne je davon einen geschäftlichen finanziellen Vorteil zu haben. Sein Eintreten ist mir, auch später als Staatssekretär, erklärlich für alle diejenigen, die ihn kennen, und überhöhter Hilfsbereitschaft. Durch den Finanzminister in den Krieg und infolge einer Nachlässigkeit einer Privatbankiersgesellschaft habe ich große Vermögensverluste erlitten. Daher war ich der Ansicht, daß das Reich durch Bewilligung gewisser Einfuhr- und Ausfuhrerleichterungen mir die Möglichkeit geben müsse, meine Verluste wieder auszugleichen. Erzberger, dem ich die Sachen vortrug, hielt meine Ansprüche für gerechtfertigt und unterstützte mich mit seinem Räte und durch sein Eintreten. Allerdings ist ich einmal wegen ungewisser Nichterfüllung einer Vertragsbestimmung von weiteren Belieferungen seitens der Dent- und Dentelle ausgeschlossen worden. Dieser Ausschluß ist meiner Ansicht nach zu unrecht erfolgt, welcher Ansicht auch der Abgeordnete Erzberger beipflichtete.

Im Laufe der Verhandlungen ergab sich, daß aus eigenem Antrieb gewissen württembergischen Firmen und Verbänden besondere Ein- und Ausfuhrerleichterungen von und nach der Schweiz sehrzeit in Weimar bewilligt worden sind. Darunter auch der Firma Dent. Heilighofen macht nun dem Minister den Vorwurf, daß er hier eine Art Protektionismus getrieben habe. Demgegenüber stellt Erzberger fest, daß er keinen Verhandlungen nur für kurze Zeit begehrt habe und kaum gewußt habe, daß Dent dabei auch in Frage kam. Die Erlaubnisse sind auf Antrag des württembergischen Wirtschaftsministers vom Reichsfinanzminister bewilligt worden.

Heilighofen bringt noch einige kleine Fälle vor, wozu er besonders bezeichnend interessiert, wo Erzberger sich bemüht hat, Österreich nach Deutschland einzuführen, das in ähnlichem Interesse an die verschiedenen katholischen Bischöfe verteilt wurde zu Weisungen und zur Beweismittel der ewigen Vampyren. An all diesen Fällen konnte man einen finanziellen Gewinn Erzberger nicht nachweisen, machte auch von der Gegenseite kaum einen Versuch zu.

Heilighofen verdröhnte den Reichsfinanzminister, Kapitalkonzeptionen ins Ausland mittels Staatsanleihe zu tätigen zu lassen. Hierzu wird Staatsanleihe Minister als Antwort vernommen, dem die Verfolgung der Kapitalverkehrsgesetze obliegt, dem Schweizer Rechtsanwalt Talberg wird der Vorwurf gemacht, im Interesse seiner deutschen Auftraggeber Kapitalien von Deutschland in die Schweiz zu verschleppen. Da sich in diesem Zusammenhang der Richter einer Großbank. Dieser räumte sich, Verbindungen zu ähnlichen Persönlichkeiten zu haben, auch in ehemaligen Ländern der answärtigen Dienstes hat bei der Vernehmung davon gesprochen, daß ihm zu Ohren gekommen wäre, Erzberger habe ebenfalls Teile dieses Geldes ins Ausland verschleppen lassen, was er nicht mit, daß Erzberger ein Freund Talbergs ist. Teile der im Stadium gekommenen Kaufmann sind sich, was es über eine angebliche Kapitalverschleppung Erzbergers ist.

Erzberger selbst erklärt dazu, daß dies zu den vielen Mißverständnissen gehöre, die über ihn in Umlauf gesetzt werden. Während des Krieges habe er einmal in Berlin den Schweizer Rechtsanwalt Tal-

berg kennen gelernt, ab er ihn sonst in Deutschland oder in der Schweiz noch einmal getroffen habe, weiß er nicht. Heilighofen hat er in keiner Beziehung zu ihm gefanden im letzten Jahre und bei seinem jüngsten Aufenthalt in der Schweiz.

Ein Geheimrat vom Reichsfinanzministerium bezeugt, daß er Erzberger vor einigen Tagen noch auf eine Werbung des Staatsanwalts Heilighofen vorgetragen über die Kapitalverschleppungen gehalten habe. Der Minister habe strenge Anordnungen erlassen, die dergleichen Geschäfte in Zukunft hindern sollten. Dem Jungen ist auch bekannt, daß einer der Steuerbeauftragten gesagt hat, Talberg habe sich in Deutschland eingeführt unter Benutzung auf seine Beziehungen zu Erzberger.

Der Fall Pöplau

Neben dem Vorwurf des politisch-parlamentarischen Geschäftsmachers hat Heilighofen in seiner Broschüre „Fort mit Erzberger“ dem Reichsfinanzminister den Vorwurf der Unwahrscheinlichkeit gemacht und dies durch mehrere Fälle zu belegen versucht. Seite 30 heißt es: Das unglückliche Verhältnis des Herrn Erzberger zur Wahrheit ist noch gerade vollständig von jenem früheren Stadium seiner politischen Laufbahn an, in dem der damalige Chef der Reichskasse sich genötigt sah, in offener Reichstagsung auf Grund der Verhältnisse den verdächtigten Herrn Erzberger dem unverschämten Herrn Erzberger gegenüberzustellen.

Erzberger gibt dazu eine Erklärung von folgenden Inhalt: In Sachen des Aktienbetrugs durch den Beamten des Kolonialministeriums Böplau besuchte ich im Herbst 1905 den damaligen Chef der Reichskasse Geyssler von Böbell und machte ihm den Vorschlag, das Disziplinarverfahren gegen Böplau einzustellen und statt dessen eine allgemeine Untersuchung über die kolonialen Mißstände vorzunehmen. In diesem Falle würde von den mir zugegangenen Aktenmaterial des Böplau kein Gebrauch gemacht. Von Böbell hat sich nach dieser Unterredung eine Notiz gemacht des Inhalts, daß ich gesagt hätte, von dem Akten würde kein Gebrauch gemacht, falls das Disziplinarverfahren gegen Böplau eingestellt werde. Diese Notiz hat er später im Reichstag verlesen und somit meine Äußerung ihm gegenüber in Gegenwart gestellt zu meiner verdächtigten Äußerung vor Gericht in dem Pöplau. Darin habe ich ausdrücklich, daß von dem Aktenmaterial kein Gebrauch gemacht würde, wenn die Disziplinaruntersuchung niedergelassen und an ihrer Stelle eine allgemeine Untersuchung über die kolonialen Mißstände vorgenommen würde. Wenn also ein Gegenstand zwischen meiner verdächtigten und unverschämten Äußerung lautstark wird, so liegt das nicht daran, daß diese sich widersprochen hätten, sondern einfach daran, daß die einseitig vorgenommene Aktennotiz des Herrn von Böbell den Inhalt meines Gesprochenen nur unvollständig wiedergibt. Die Richtigkeit der Aktennotiz habe ich auch schon damals im Reichstag bei ihrer Verlesung demontiert.

Erstellung von Böbell als Reue vernommen, schildert den Vorgang an Hand der Akten in der ebenangegebenen Weise und sagt, daß er sich zu dieser Kontinuität des verdächtigten und unverschämten Erzbergers veranlaßt gefühlt habe, weil Erzberger ihm und anderen Beamten den Vorwurf gemacht habe, daß sie sich um die kolonialen Mißstände nicht genug gekümmert hätten. Am übrigen bleibt der Reue bei seiner Meinung, daß ein Widerspruch in beiden Aktenmaterial Erzbergers vorliege, nicht jedoch auf die Frage des Aktenmaterials Dr. Geyssler seinen Glauben dahin kund, daß Erzberger nicht bewußt eine positive Unwahrscheinlichkeit ausgesprochen wolle. S. 3.

Erzberger auf einen Wunsch beurlaubt

Berlin, 24. Februar. Nach Vernehmung der geschlossenen Sitzungen des Reichstages wies Erzberger in der Presse hat dieser unerschrocken beim Finanzminister in Charlottenburg eine Unterredung gegen sich veranlaßt und damit keinerlei auf jede Erwiderung in der Presse verzichtet die der Untersuchung vorzuziehen. In die um Mißbrauch dieser Unterredung von der Wahrscheinlichkeit sein Dienstaufträge zu verhindern, damit auch nicht der Schein eines Zweifels auf die Unterredung des Finanzministers fallen möge. Der Herr Reichspräsident hat dem Gesuchen des Reichsfinanzministers unmissverständlich entsprochen und anordnet, die Untersuchung beschleunigt durchzuführen und ihm sofort Bericht über das Ergebnis zu erstatten. Mit der Stellvertretung des Ministers ist der Unterstaatssekretär Roske beauftragt worden.

Frankreichs Verehren

Paris, 25. Februar. Wie die Presse-Information aus Paris erklärt, ergab eine namenhafte Geheimabstimmung des französischen Obersten Kriegsrates eine Mehrheit für eine dauernde Besetzung des linken Rheinflusses, sowie eine spätere Angliederung des Saarbeckens und der Rheinlande an Frankreich.

Paris, 25. Februar. Der Außenminister des „Matin“ Sauerwein erklärte in einem Londoner Telegramm, Frankreich verlange von England eine Militärallianz unabhängig von der Ratifizierung des Friedensvertrages durch Amerika; ferner die Besetzung der Rheinlande auf so lange, als es notwendig erweise, und ihre Erweiterung auf das Ruhrkohlengebiet; außerdem dauernde finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung zum Wiederaufbau. Eine räumliche und zeitliche Ausdehnung der Allotiation in den Rheinlanden sei England sehr unangenehm. Dem englischen Oberkommando sei es auch sehr unangenehm, daß Frankreich schwarze oder marokkanische Truppen dort verwerde. Man erkläre, die Ausdehnung der Allotiation werde Frankreich und Deutschland und schließlich auch Europa in einem Zustande erhalten, der weder Frieden noch Ariea sei. Weiter erklärte Sauerwein, es sei in London kein Geheimnis für irgend jemand, daß die Debatte des Wiederaufbaus eines Anstufes in den letzten Tagen sehr verächtlich gewesen seien. Mit Ausnahme des belgischen Delegierten hätten alle Kollegen des Senats Sonntag gegen die Annahme, welche die französische Regierung in Berlin hinsichtlich der Rheinlande für die Rheinlande unterzeichnet haben, Einspruch erhoben.

Zum Friedensvertrag

Haag, 25. Februar. Der „Nieuwe Rotterdam Cour.“ meldet aus Washington, daß der Senat beschloß habe, den Friedensvertrag am Donnerstag wieder zu behandeln und alle anderen Fragen zurückzustellen, bis der Friedensvertrag endgültig erledigt ist.

Haag, 25. Februar. Wie der „Nieuwe Rotterdam Cour.“ aus London meldet, erklärte Churchill im Unterhaus zur Debatte der deutschen Heeresstärke, bisher habe man nicht den Eindruck von manchem alten Willen der deutschen Regierung gehabt, die tatsächlich eine große Zahl von Bestimmungen des Friedensvertrages zur Ausführung gebracht habe.

Amsterdam, 25. Februar. Wie das „N. G. Handelsbl.“ aus London meldet, gab Balkoff gestern eine Erklärung ab, er habe seinerzeit angefragt, Deutschland habe selbst die Möglichkeit zu geben, fünf Milliarden Fund Sterling zu zahlen, doch die deutsche Regierung habe sich nicht bereit erklärt, diesen Betrag zu zahlen, doch sei dieses Angebot mit Bezug auf den Zeitpunkt der Bezahlung und durch andere Bedingungen eingeschränkt gewesen.

Genève, 25. Februar. Der Pariser Korrespondent der „Revue für. Jg.“ hatte eine Unterredung mit dem bedeutenden französischen Nationalökonom Professor Gine. Dieser hält die wirtschaftlichen Bestimmungen des Versailles Friedensvertrages in der heutigen Form für undurchführbar. Er erklärte die Bestimmungen des Vertrages, wonach der deutsche Steuerzahler mindestens so belastet sein müge wie der allerer, durchaus für möglich, sieht sich dagegen einig mit der englischen Kritik des Vertrages in der Ablegung einer Politik, die Deutschland wirtschaftlich ruinieren und ihm gleichzeitig eine totale Kriegskriegsindustrie auferlegen wolle.

Wilson's Standpunkt

Amsterdam, 25. Februar. Telegraf meldet aus London Der Washingtoner Korrespondent der Morningpost berichtet, daß die Antwort Wilsons auf die Note der Verbündeten gestern abgefaßt worden sei. Wilson verwerfe darin das Kompromiß vom 20. Januar und beharre auf seinem Standpunkte, daß das Memorandum vom 9. Dezember als endgültige Regelung anzusehen sei.

Paris, 26. Februar. Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ in Washington meldet: Die Anhänger Wilsons sagten, er sei entschlossen, einen bedeutenden Anteil Amerikas an der Regelung der türkischen Frage zu verlangen. Er werde den Plänen Englands und Frankreichs im Orient feindlich gegenüber und nenne sie imperialistisch.

Die Friedensaktion Sowjet-Rußlands

Haag, 25. Februar. Der „Nieuwe Courant“ meldet brieflich aus Moskau, die Sowjetregierung habe eine Friedensnote an die Vereinigten Staaten, Japan und Rumänien gerichtet. Nacora wird gefragt, wann und wo die Friedensverhandlungen beginnen können. Japan wird auf seine wirtschaftlichen Interessen im fernem Osten hingewiesen.

Wladiwostok, 25. Februar. (Meuter.) Die Bedingungen des Waffenstillstandes zwischen den Tschecho-Slowaken und den Bolschewiken seien vor: Zwischen der tschechischen Nachhut und der bolschewikischen Vorhut wird eine neutrale Zone eingerichtet. Die Bolschewiken werden den Tschechen Kohlen liefern und die Tschechen den Bolschewiken das Gold zur Verfügung stellen, das sie in Japan besaßen. Die Tschechen werden den Antibolschewisten keinen Beistand leisten.

Kopenhagen, 24. Februar. Der hiesige Sowjetvertreter Litwinow erklärte anlässlich der Einnahme des Hafens Murman gegenüber einem Pressevertreter, daß die Bolschewiken damit einen effektiven Hafen für den Handel mit Westeuropa erhalten hätten. Nach Ansicht Litwinows werde der Ausbruch des Nordkriegs jetzt in den Händen der Sowjetregierung sei, anscheinend Finnland einem Frieden geneigt machen.

London, 24. Februar. Die Friedenskonferenz hat heute den Beschluß gefaßt, daß die diplomatischen Beziehungen mit Sowjet-Rußland nicht wieder aufgenommen werden sollen, bevor Sowjet-Rußland nicht eine Haltung zeigt, die mit den Forderungen der Zivilisation übereinstimmt. Inzwischen wird den Mandatstaaten angetragen, sich eines Angriffes auf Rußland zu enthalten, doch wird ihnen gleichzeitig die Unterstützung der Verbündeten für den Fall eines Angriffes Rußlands zugesichert.

Paris, 24. Februar. St. Pierre teilt im „Journal“ mit, man habe sich in London über die russische Frage geeinigt. Es wurde grundsätzlich beschlossen, mit den Vertretern der Sowjets über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit den russischen Genossenschaften zu verhandeln, jedoch zu vermeiden, über die offizielle Anerkennung der bolschewikischen Regierung zu sprechen. „Antirussismus“ erklärt, es könne richtig zu sein, daß England und Italien geneigt seien, die Sowjetregierung anzuerkennen. Frankreich und Japan seien jedoch Gegner eines derartigen Vorgehens.

Die deutsch-russischen Verhandlungen

Berlin, 24. Februar. Die Verhandlungen mit dem Vertreter der Sowjetregierung über die gegenseitige Freimachung der Kriegsgefangenen werden von der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene geführt. Die Ergebnisse der Verhandlungen werden nur von dieser Stelle bekanntgegeben werden. Das internationale Rote Kreuz wird bei den Verhandlungen beteiligt sein, ebenso humanitäre Organisationen und Interessenverbände.

Neuorganisation des englischen Heeres

London, 24. Februar. Bei der Einbringung des Vorantrages für das Heer im Unterhaus betonte Churchill: England sei die einzige Nation, welche die militärische Dienstpflicht abgeschafft habe. Durch freiwillige Rekrutierung habe England in einem einzigen Jahre etwas geschafft, was für viele ein lebenslanges Heer war. Churchill sagte: Nachdem wir unser Heer angefaßt haben, hoffe ich nicht, daß wir neue Verpflichtungen eingehen werden, denn unsere Hilfswaffen sind nicht groß genug, um sie zu erfüllen. Churchill kündigte eine baldige Verminderung der Besatzungen im nahen Osten an, sowie das baldige Aufheben der durch Konsumsknoten verursachten finanziellen Lasten. Der Minister sagte weiter, daß England allein oder in Verbindung mit den Vereinigten Staaten die Verpflichtung eingehen werde, Frankreich und Belgien während der Dauer der Besetzung des Rheinlandes bei der Verteidigung dieser Gebiete Beistand zu leisten. Diese vollkommenen neue Verpflichtung, die vor dem Kriege nicht vorgesehen war, sei eine ernste Angelegenheit, die zwischen den beteiligten Regierungen entschieden werden müsse.

Amsterdam, 24. Februar. In dem englischen Reichsbücherei über den Vorantrag für das Heer wird noch erwähnt, daß das englische Heer jetzt vervollkommene Tants hat, die 36 Kilometer in der Stunde zurücklegen. — Dem „Allgemein Handelsbl.“ zufolge fand in der gestrigen Sitzung des Unterhauses ein Abänderungsantrag, der das Budget von 125 Millionen Fund Sterling für das Heer vermindern wollte, nur die Unterstützung von 52 Abgeordneten.

Asquiths Wahl

London, 25. Februar. Bei der Wahl in Poole erhielt Asquith (Liberal) 14.004, Binger (Arbeiterpartei) 11.840 und Mc. Lean (Koalitionspartei) 3778 Stimmen. Das Ergebnis der Wahl von Asquith ist, wie die „Post“ meint, für die allgemeine Stimmung der letzten Wahlen ein sehr gutes Zeichen. Asquith habe trotz des Widerstands der Arbeiterpartei durch eine intensive Propaganda einen Zuwachs von einigen Tausend Stimmen gewonnen. Wie das „N. G.“ meint, könnte der Erfolg Asquiths dem alten und eigentlichen Liberalismus wieder Schwung verleihen.

Die Schweiz und der Völkerbund

Bern, 24. Februar. Die Kommission des Nationalrats für den Völkerbund hat heute gemäß dem Antrag des Bundesrates mit 16 gegen 7 Stimmen, im Nationalrat zu beantragen, in dem im November 1919 gefaßten Bundesbeschlusse über den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund den Zusatz zu fügen, nach dem die Vereinigten Staaten zuerst dem Bund angehören müssen, bevor die Schweiz beitrete. Ebenfalls mit 16 gegen 7 Stimmen wurde beschlossen, im Nationalrat zu beantragen, grundsätzlich dem Völkerbund beizutreten.

Räumung Ungarns

Budapest, 25. Februar. Gheza begann die Räumung des von den Rumänen besetzten Gebietes jenseits der Theis. Die ungarischen Truppen übernahmen die Besetzung des eräumten Gebietes in der Weise, daß zwischen den ungarischen und den rumänischen Truppen stets eine neutrale Zone von 6 bis 10 Kilometer Breite bleibt. Die zivilen und Militärbehörden haben alle Maßnahmen getroffen, um in den freierwerbenden Gebieten die geordnete Ordnung zu sichern.

Deutsch-polnische Verhandlungen

Warschau, 24. Februar. Gestern beantragte im Ministerrat des Auswärtigen die Beratungen über die Regelung des Bahns, Post-, Telegraphen-, Post- und Zollverkehrs zwischen Polen und Deutschland, dem Freistaat Danzig und den abkommensgebieten.

Bromberg, 25. Februar. (Deutsch-polnische Beziehungen.) Die deutsche Delegation tritt mit: Infolge einer Revision in den Geschäftsräumen der Geschäftsstelle der Delegation des Deutschen Volkstums in Polen, die auf Befehl des Generalgouverneurs in Polen am Donnerstag und Freitag vorgenommen wurde, sind zahlreiche wichtige Gerichte über Verhandlung des Gebietes Glinow und des Gebietes Glinow der Delegation Kahlwein im Ausland. Diese Gerichte enthalten jeder Grundstücke. Die Untersuchung in den Geschäftsräumen sowie die Hauskungen in den Wohnungen der genannten Herren haben keinerlei irgendwelche belastende Material ergeben.

Streik allerorts

Berlin, 25. Februar. Die Arbeitnehmer im Mallever-

Paris, 25. Februar. Wegen Aufhebung eines Arbeiters

Paris, 25. Februar. Nach dem "Echo de Paris" streiken

Rom, 25. Februar. Messagero meldet, daß die Metall-

Verdrängung deutscher Lehrer in Elsas-Lothringen

Berlin, 25. Februar. Der Berliner Lokal-Anzeiger

Einberufung des Ausschusses für auswärtige

Kassel, 24. Februar. Wie hier verlautet, hat der Abordneter

Beratungen über das Tabaksteuergesetz

Wie wir hören, wird sich der Reichsrat morgen, Freitag,

Schließung der Berliner Zigarettenfabriken

Berlin, 25. Februar. Die gesamten Berliner Zigaretten-

kleine Nachrichten

Berlin, 24. Februar. Der frühere Reichs- und Staatskom-

Amsterdam, 25. Februar. "Telegraaf" meldet aus London:

Nachrichten aus Sachsen

Die Not der Presse

Ministerpräsident Dr. Gradnauer hat an den Reichswirt-

Die neue Uniform der Landesfeuerwehrpolizei. Grundfarbe

Die Verdoppelung der Personenzahrscheinelung

Die Verdoppelung der Personenzahrscheinelung

Die Verdoppelung der Personenzahrscheinelung

Die Verdoppelung der Personenzahrscheinelung

Die Verdoppelung der Personenzahrscheinelung

Aus Dresden

Lebensmittelkartenbelieferung für die Stadt Dresden

Gleichverpflanzung in der Stadt Dresden.

Kunstpflanzung der Stadt Dresden. Der einflussreiche

Volkschachspiel. Die Vorträge von Dr. Wechsler

Frühlingsobere. Der böse Witz scheint sich allgemach

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

Dresden-Johannstadt. Im Jahre 1919 wurden im

Dresden-Johannstadt. Die nachstehende Versammlung

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Dresden. Heber, Vordenreform im Wandel der

Sächsische Zentrumspartei, Ortsgruppe Waagen. Am Mittwoch

Christi. Zentrumsmadonnen. Die höchsten Mitglieder

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere

Seitenhöf, 23. Februar. Einen schönen Erfolg konnte unsere



Wir führen Wissen.

